



"Chancen im Handel nutzen, Standards schützen"

"Chancen im Handel nutzen, Standards schützen"

DBV-Erklärung zu Handelsabkommen EU-USA
(DBV) Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hat zu den laufenden Verhandlungen über das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA Position bezogen. In einer Erklärung des Präsidiums werden die sich eröffnenden Chancen für den Export von Nahrungsmitteln in den amerikanischen Markt betont. Durch ein solches Handelsabkommen werden Wachstumsimpulse für die Agrarbranche erwartet. Bereits heute umfassen die Exporte der EU in die USA 288 Milliarden Euro, darunter 15 Milliarden Euro für Agrarexporte, besonders von hochwertig verarbeiteten Lebensmitteln. Grundsätzlich unterstütze der DBV den Ansatz über multilaterale Handelsabkommen im Rahmen der WTO, die "grundsätzlich einen besseren Ausgleich der Interessen unterschiedlich entwickelter Länder, einschließlich der landwirtschaftlichen Anliegen gewährleisten." Dennoch müsse die EU die bilateralen Handelsgespräche nutzen, "um ihre politische und wirtschaftliche Position auf der Welt zu wahren". Eine engere europäisch-amerikanische Zusammenarbeit sei für den Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber aufstrebenden Schwellenländern sinnvoll.
Der DBV fordert aber ebenfalls, dass die EU-Kommission ihr Verhandlungsmandat insbesondere mit Blick auf die hohen europäischen Standards im Verbraucher- und Umweltschutz uneingeschränkt befolgen müsse. Die hohen europäischen Standards bei der Lebensmittelerzeugung dürften nicht unterlaufen werden, auch um die Wettbewerbsposition europäischer Erzeuger nicht zu untergraben. In der Tierhaltung wie im Ackerbau und in der Lebensmittelherstellung gelten in der EU erheblich höhere Standards, darunter das Verbot des Einsatzes von Hormonen und Wachstumsförderern in der Mast oder das Verbot der Chlor-Desinfektion von Schlachtkörpern. Ebenso dürften die Regeln der EU zum Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen in den Verhandlungen nicht zur Disposition stehen, so der DBV. Produkte wie Geflügel-, Rind- und Schweinefleisch sowie Zucker müssten daher als sensible Produkte definiert werden, deren zollfreier Marktzugang in die EU begrenzt werden müsse. "Europäische Landwirte dürfen nicht durch einen unkontrollierten Marktzugang für amerikanische Erzeugnisse vom Markt verdrängt werden", heißt es in der Erklärung weiter. Für verarbeitete Produkte gelte es, "bestehende tarifäre und bürokratische Einfuhrbeschränkungen der USA abzubauen". Darüber hinaus wird der Schutz von Ursprungsbezeichnungen gefordert.
Der vollständige Wortlaut der Erklärung steht zum Download unter www.bauernverband.de/Handel-USA bereit.

Autor:
Deutscher Bauernverband
Rückfragen an: DBV-Pressestelle
Adresse: Claire-Waldoff-Straße 7; 10117 Berlin
Telefon: 030 31904-239
Fax: 030 31904-431
Copyright: DBV

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftsstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.